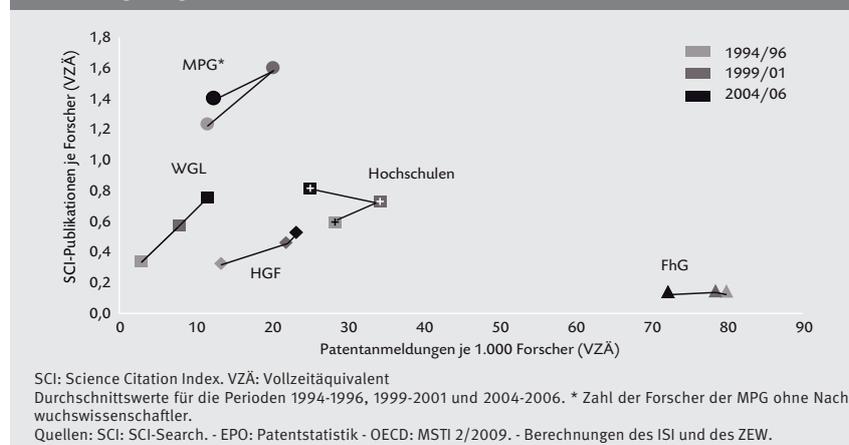


mit Schwerpunkt **Energiemarkt**

Außeruniversitäre Forschung verzeichnet deutliche Leistungssteigerung

In den vergangenen Jahren hatte sich die außeruniversitäre Forschung (AUF) in Deutschland vielfältiger Kritik zu stellen und in der Konsequenz verschiedene Reformen zu durchlaufen. Die Studie „Das Deutsche Forschungs- und Innovationssystem im internationalen Vergleich“, die ZEW, Joanneum Research und Technopolis Group im Auftrag der Expertenkommission Forschung und Innovation erstellt haben, zieht eine Zwischenbilanz dieser Reformen und bestimmt die aktuelle Position der AUF im deutschen Wissenschafts- und Innovationssystem.

Publikations- und Patentintensität von Hochschulen und außeruniversitären Forschungs-Organisationen in den Jahren 1994 bis 2006 in Prozent



Unter der Bezeichnung AUF werden alle öffentlichen oder mit einer öffentlichen Grundfinanzierung ausgestatteten Forschungseinrichtungen, die nicht gleichzeitig als akademische Ausbildungseinrichtungen fungieren, zusammengefasst. Im vergangenen Jahrzehnt sah sich die AUF deutlicher Kritik ausgesetzt: Kritisiert wurde insbesondere eine niedrige wissenschaftliche Leistungsfähigkeit, gemessen etwa an der Anzahl der wissenschaftlichen Publikationen je Wissenschaftler und ein zu geringer Beitrag zu einem aktiven Wissens- und Technologietransfer, etwa über

Kooperationen mit Unternehmen oder die Verwertung von Forschungsergebnissen durch Patente und Unternehmensgründungen. Deshalb wurden in den vergangenen Jahren Reformen vorangetrieben.

Weitreichende Reformen

Unter anderem wurden innerhalb einzelner Dachorganisationen Institutsverbände und andere Formen der langfristig orientierten Zusammenarbeit initiiert, um so die vorhandenen FuE-Potenziale besser zu nutzen. Durch die verstärkte Ver-

gabe von Grundfinanzierungsmitteln im Rahmen von definierten Projekten und Programmen sollte eine effizientere Nutzung der Grundmittelausstattung erreicht werden. Mit Hilfe von Evaluierungen, Audits und Beiräten wird die Leistungsfähigkeit der AUF-Einrichtungen regelmäßig überprüft. Mit dem „Pakt für Forschung und Innovation“ wurde ein kontinuierlicher Mittelzuwachs für die großen AUF-Einrichtungen – Max-Planck (MPG)- und Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF) sowie Leibniz-Gemeinschaft (WGL) – mit einer inhaltlichen Fokussierung auf instituts- und organisationsübergreifende FuE-Projekte, eine stärkere internationale Zusammenarbeit und einer besseren Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft verbunden. Betrachtet man die Veränderung der Publikations- und Patentintensität in den vergangenen zehn Jahren, so konnten sich vor allem die

IN DIESER AUSGABE

Außeruniversitäre Forschung verzeichnet deutliche Leistungssteigerung	1
Regulierung offener Immobilienfonds	2
Alternative Wohnformen für Ältere	3
Nachgefragt: Ist der schwache Euro problematisch?	4
EXIST IV – Eine Neuausrichtung mit Aussicht auf Erfolg	5
Wirtschaftspolitische Analyse	6
ZEW Wirtschaftsforum	7
ZEW Wirtschaftsanalysen, ZEW Intern	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Leibniz-Institute sowie die Helmholtz-Zentren deutlich verbessern. Die Fraunhofer-Institute konnten ihre exponierte Position bei gleichzeitiger Eingliederung mehrerer großer Einrichtungen aus anderen AUF-Organisationen im Vergleich zu anderen AUF halten.

Steigender Publikationsoutput

Berechnet man die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten der Publikations- und Patentintensität, so zeigen sich die enormen Leistungssteigerungen bei WGL und HGF. Die WGL-Institute konnten in den vergangenen zehn Jahren ihren Patentoutput je Forscher um fast 15 Prozent pro Jahr steigern und die Publikationsintensität um acht Prozent pro Jahr erhöhen. In der HGF liegen die entsprechenden Wachstumsraten bei sechs und fünf Prozent.

Als ein weiteres Leistungsmaß für die Wissenschaft gilt heute die Drittmittelquote, das ist der Anteil der Ausgaben, die aus wettbewerblich eingeworbenen Mitteln bestritten werden. Die Drittmittelquote liegt in der AUF mit 31 Prozent höher als in den Hochschulen (27 Prozent), was natürlich an den hohen Kosten der akademischen Ausbildung an den Hochschulen liegt, die fast ausschließlich aus der Grundfinanzierung getragen werden. Innerhalb der AUF weist die FhG mit 66 Prozent die höchste Drittmittelquote auf. In der MPG werden 20 Prozent der Ausgaben über Drittmittelleinnahmen abgedeckt. Die hohe Drittmittelquote in der AUF belegt, dass die Einrichtungen sich keineswegs nur auf den Grundfinanzierungsmitteln ausruhen. Im Bereich des Transfers von Forschungsergebnissen in die industrielle Anwendung wurde

lange Zeit für die deutsche AUF ein Defizit konstatiert. Ein wichtiger Indikator, an dem dies festgemacht wurde, war der Anteil der Wirtschaftsdrittmittel an den FuE-Ausgaben. Hier lag die AUF in Deutschland lange Zeit weit unter dem Niveau der deutschen Hochschulen.

FuE-Aufträge aus der Wirtschaft

Nach einer Revision der Erhebungsmethode im Jahr 2005 stellt sich das Bild mittlerweile gänzlich anders dar: Mit einem Wirtschaftsfinanzierungsanteil der FuE-Ausgaben von knapp elf Prozent im Jahr 2007 weist die AUF in Deutschland einen so hohen Wert wie in keinem anderen hoch entwickelten Industrieland auf. Offenbar war das Ausmaß der FuE-Aufträge aus der Wirtschaft zuvor unterschätzt worden.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

Regulierung offener Immobilienfonds

Anhaltende Liquiditätsprobleme haben offene Immobilienfonds in Deutschland veranlasst, rund 26 Milliarden Euro und damit rund ein Drittel des investierten Kapitals einzufrieren. Das Bundesministerium der Finanzen diskutiert nun einen Gesetzentwurf, der offenen Immobilienfonds in Deutschland künftig helfen soll, zu starke kurzfristige Liquiditätsabflüsse zu begrenzen. Zu der geplanten stärkeren Regulierung hat das ZEW Finanzmarktexperten befragt.

Von der Aussetzung der Rücknahme von Anteilsscheinen sind nicht nur Privatanleger, sondern zunehmend auch institutionelle Anleger betroffen. Das Bundesministerium der Finanzen plant deshalb eine stärkere Regulierung offener Immobilienfonds. Im Wesentlichen sollen Mindesthaltedauern sowie Kündigungsfristen für die Anleger gesetzlich verankert werden. Auch pauschale Bewertungsabschläge auf die von Sachverständigen ermittelten Immobilienwerte sind vorgesehen, haben aber nach derzeitigem Stand der Diskussion wohl kaum eine Chance, umgesetzt zu werden. Die vorgeschlagene Einführung von Mindesthaltedauern

und Kündigungsfristen für Anleger wird von den Finanzmarktexperten gerade im Hinblick auf institutionelle Anleger als hilfreich erachtet, um die Liquiditätsprobleme der Fonds zu begrenzen.

Regulierung primär für institutionelle Anleger

Insgesamt ergibt die Befragung ein uneinheitliches Bild: Knapp 38 Prozent der Experten, die geantwortet haben, gehen davon aus, dass die Einführung von Kündigungsfristen und Mindesthaltedauern ausreicht, um die Probleme der Fonds zu lösen. Gut 37 Prozent halten eine stärkere Regulierung von offenen Im-

mobiliendfonds nicht für notwendig, um künftigen Liquiditätsproblemen des Anlageprodukts entgegen zu treten. Ein Viertel der Befragten befürwortet Maßnahmen, die über Mindesthaltedauern und Kündigungsfristen hinausgehen.

Die Finanzmarktexperten sprechen sich vor allem für eine stärkere Regulierung der institutionellen Anleger aus: Gut 27 Prozent plädieren dafür, Mindesthaltedauern und Kündigungsfristen sowie Abschläge bei vorzeitiger Rückgabe auf institutionelle Anleger anzuwenden. Für private Anleger halten dagegen sieben Prozent die drei Vorschläge für zielführend. Rund 60 Prozent der befragten Experten halten die Anwendung von mindestens zwei der genannten Regulierungsinstrumente auf institutionelle Anleger für sinnvoll, während es in Bezug auf Privatanleger 29 Prozent sind.

*Dr. Felix Schindler, schindler@zew.de
Dr. Peter Westerheide,
westerheide@zew.de*

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Alternative Wohnformen für Ältere

Der wachsende Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung führt zu steigenden Kosten für die Betreuung hilfebedürftiger Älterer. Neue Formen des Wohnens, bei denen unentgeltliche nachbarschaftliche Hilfe gefördert wird, können einen Beitrag leisten, die Sozialkassen zu entlasten. Dies bestätigt eine Studie des ZEW. Sie untersucht vier alternative Wohnprojekte in Deutschland hinsichtlich der Pflege- und Betreuungskosten sowie der Lebenszufriedenheit der Bewohner.



In den alternativen Wohnprojekten verbringen die Senioren mehr Zeit mit Altersgenossen.

Die im Auftrag des Netzwerkes „Soziales Neu Gestalten“ in Zusammenarbeit mit dem Heidelberger Centrum für Soziale Innovationen und Investitionen erstellte Studie (ZEW Discussion Paper Nr. 10-029) nimmt vier alternative Wohnprojekte für Ältere an neun Standorten in den Blick, die von gemeinnützigen Organisationen getragen werden. Ihr gemeinsames Merkmal ist, dass sie auf die Aktivierung der gegenseitigen nachbarschaftlichen Hilfe und des nachbarschaftlichen Austauschs abzielen, etwa durch barrierefreie Architektur, Gemeinschaftsräume, Kontaktflächen und den begleitenden Einsatz von Moderatoren.

Die Evaluation basiert auf einer Befragung der Bewohner der vier Modellprojekte und wird durch eine umfassende betriebswirtschaftliche Analyse ergänzt. In diesem Rahmen wurden Informationen zum Unterstützungsbedarf der Bewohner, zu ihrer gesundheitlichen Verfassung und zu Einschätzungen der individuellen Lebensqualität erhoben. Ferner stehen Daten zu Kosten und Erträgen der Wohnprojekte zur Verfügung. Um die Betreuungskosten und die Le-

bensqualität in den Wohnprojekten einordnen zu können, wurden die Ergebnisse mit Daten einer Kontrollgruppe verglichen, deren Mitglieder in herkömmlichen Wohnformen, das heißt im betreuten Wohnen, im Altersheim oder im eigenen Haushalt, leben. Es wurden 312 Bewohner der vier Modellprojekte befragt. In der Kontrollgruppe wurden Interviews mit 428 Personen geführt. Das Durchschnittsalter der Befragten in den Modellprojekten lag bei 57,8 Jahren, das der Kontrollgruppe bei 56,6 Jahren. Ältere im Sinne der Studie sind alle, die mindestens 50 Jahre alt sind.

Deutliche Kostensenkungen

Die ökonomischen Analysen des ZEW zeigen, dass in den Modellprojekten deutliche Kostenersparnisse bei der Pflege und Betreuung der Bewohner realisiert werden können. So liegen die Kosten, die die Bewohner, die Sozialkassen und die Betreiberorganisationen insgesamt für Unterstützung, Betreuung und Pflege aufbringen müssen, um 30 Prozent unter den Kosten, die in den herkömm-

lichen Wohnformen anfallen. Werden nur die Kosten für die über 50-Jährigen betrachtet, liegen die Ersparnisse der Modellprojekte sogar noch höher. Hier betragen die Gesamtkosten der Unterstützung für Ältere nur die Hälfte der Kosten, die in herkömmlichen Wohnformen getragen werden. Diese Unterschiede sind im statistischen Sinne signifikant, weisen allerdings eine erhebliche Standardabweichung auf, die auf die relativ kleine Stichprobengröße zurückzuführen ist.

Nachbarschaftliche Hilfe

Die im Durchschnitt beträchtlichen Kostenunterschiede gehen zum Teil darauf zurück, dass die Bewohner in den Modellprojekten eine bessere gesundheitliche Entwicklung aufweisen als in der Kontrollgruppe. Ein weiterer Grund ist die größere Bedeutung nachbarschaftlicher Hilfe in den Modellprojekten. Diese findet allerdings vorwiegend nicht im Bereich der Pflege im medizinischen Sinne statt, sondern erstreckt sich eher auf praktische Unterstützung in der täglichen Lebensführung. Darüber hinaus zeigt die Befragung, dass die Bewohner der Modellprojekte ein aktiveres Leben führen, weniger Zeit alleine zu Hause verbringen und ihre Lebensbedingungen positiver beurteilen als die Personen in der Kontrollgruppe.

Auch wenn die Untersuchungen auf einer recht kleinen Stichprobe beruhen, deuten die Ergebnisse auf eine mögliche Breitenwirkung entsprechender Projekte hin. Allerdings entstehen den Trägerorganisationen der Modellprojekte für deren besondere personelle und bauliche Infrastruktur Mehrkosten, die ihnen in der bisherigen Verteilung der Erträge dieser Projekte nicht erstattet werden. Eine Kompensation dieser höheren Aufwendungen wäre Voraussetzung für eine breitere Nutzung der im Saldo vorhandenen Einsparpotenziale.

Sarah Borgloh, borgloh@zew.de

Dr. Peter Westerheide,
westerheide@zew.de

Nachgefragt: Ist der schwache Euro problematisch?

Haushaltsdisziplin stärkt den Euro

Angesichts der Verschuldungsproblematik einiger Euroländer ist die Gemeinschaftswährung stark unter Druck geraten. In den vergangenen Wochen hat der Euro gegenüber dem US Dollar enorm an Wert verloren. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Leiter der Forschungsgruppe „Wachstums- und Konjunkturanalysen“ am ZEW, spricht über den Einfluss eines schwachen Euro auf die deutsche Konjunktur und plädiert für einen strengen Konsolidierungskurs der Euroländer, um die Währung zu stabilisieren.

Ist die Abwertung des Euro für die deutsche Konjunktur ein Problem?

Da gibt es Gewinner und Verlierer. Exporteure, die nicht in Euro, sondern in Dollar fakturieren, erhalten Währungsgewinne, zumindest temporär. Falls die Abwertung des Euro von Dauer sein sollte, beflügelt dies die Exporte in die Länder, die nicht dem Euroraum angehören. Zwar gehen 58 Prozent unserer Exporte außerhalb des Euroraums, dennoch sollte dieser mögliche Konjunkturschub nicht überbewertet werden.

Die Verlierer sind die Importeure, sofern sie nicht in Euro bezahlen. Dies betrifft etwa Unternehmen, die Vorprodukte nicht aus dem Euroraum beziehen, aber beispielsweise auch Konsumenten, die sich über gestiegene Preise an der Tankstelle oder höhere Kosten für Reisen nach Amerika und Asien ärgern. Insoweit sie den Konsum heimischer Güter einschränken, belastet dies die Konjunktur.

Wer trägt die Schuld am derzeit schwachen Euro?

Die beliebten Schuldzuweisungen an die „bösen Spekulanten“ gehen am Kern des Problems vorbei. Die Finanzmärkte zeigen wirtschaftspolitisches Fehlverhalten gnadenlos auf und bestrafen dafür mit Risikoaufschlägen auf Zinsen und Korrekturen beim Wechselkurs des Euro.

Was müssen die Euroländer tun, um den Euro zu stabilisieren?

Die Mitgliedsländer müssen nun zielführende und einschneidende Programme zur Rückführung der dramatisch angestiegenen Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte konzipieren und baldmöglichst und für mehrere

Jahre in die Tat umsetzen. Am besten wäre es, wenn sie einen Konsolidierungspakt mit festgelegten Ausgabepfaden des Staates und automatisch einsetzenden Sanktionen bei Zielverfehlungen vereinbarten. Dazu hat übrigens der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 2009/2010 Vorschläge unterbreitet.



Foto: ZEW

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, ist seit 1997 Präsident des ZEW in Mannheim und Inhaber eines Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim. Überdies leitet er die Forschungsgruppe „Wachstums- und Konjunkturanalysen“ des ZEW. Seine Hauptarbeitsgebiete sind die Makroökonomie, die Arbeitsmarkt- und die empirische Wirtschaftsforschung. Seit 2003 ist Franz Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Seit März 2009 ist er Vorsitzender dieses Gremiums.

Die Euroländer haben ein 750-Milliarden-Euro-Rettungsprogramm für überschuldete Mitgliedstaaten verabschiedet. Trägt es zur Gesundung des Euro bei?

Ich kann die Argumente gegen das Rettungspaket gut verstehen. Die Gefahr, dass wir in Europa in eine Übergangsgemeinschaft schliddern, darf nicht kleingeschrieben werden. Eine solche könnte Deutschland nicht stemmen, wir haben schon genug Probleme mit unserem hiesigen Finanzausgleich.

Warum ich schweren Herzens trotzdem für das Rettungspaket bin, liegt daran, dass ich die Risiken von Alternativen höher bewerte als die Gegner des Rettungspaketes. Vor dem Hintergrund der immer noch nicht ganz aus-

gestandenen Finanzmarktkrise hätte eine Umschuldung von Staatsanleihen der PIGS-Staaten (Portugal, Italien, Griechenland und Spanien) möglicherweise einen Crash verursacht, der die Dimensionen des Zusammenbruchs von Lehman Brothers vielleicht noch in den Schatten gestellt hätte. Wie gesagt, „vielleicht“, wir wissen es nicht, weil wir eine solche kontrafaktische Situation kaum abschätzen können. Hinzu kommt die Erfahrung aus der aktuellen Finanzkrise, dass letztlich nur Rettungsschirme und nicht Einzelmaßnahmen helfen, so wie bei uns das Finanzmarktstabilisierungsgesetz mit dem SoFFin die Situation beruhigt hat und nicht die

„Rettung“ einer einzelnen Bank, wie beispielsweise der Hypo Real Estate.

Die EZB hat im Rahmen der Finanz- und nun auch der Verschuldungskrise die Geldmenge stark ausgeweitet. Droht Euroland in den nächsten Jahren die Inflation?

Unmittelbar sehe ich diese Gefahr nicht, denn die EZB hat aus meiner Sicht glaubwürdig versichert, dass sie die überschüssige Liquidität wieder einsammeln und bei dem Ankauf der Staatsanleihen eine stabilisierende Geldpolitik betreiben wird. Allerdings muss sie einem eventuellen politischen Druck, es mit der Preisstabilität nicht allzu genau zu nehmen, wirklich standhalten.

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz,
franz@zew.de

EXIST IV – Eine Neuausrichtung mit Aussicht auf Erfolg

Das neue Programm „EXIST-Gründungskultur“ hat das Zeug, an Hochschulen eine „Kulturrevolution“ zu initiieren. Es vermeidet Defizite der früheren EXIST-Programme und konzentriert sich auf das Wesentliche – Antragsteller und Juroren sollten es ernst nehmen.

Seit dem Jahr 1998 fördert die Bundesregierung im Rahmen unterschiedlicher Stufen der EXIST-Programme Maßnahmen an Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen. Sie sollen die Etablierung einer „Kultur der Selbstständigkeit“ unterstützen und letztlich zu einer Erhöhung der Gründungstätigkeit aus diesen Einrichtungen heraus beitragen. Insgesamt wurden über die drei bisherigen Stufen der gesamten EXIST-Programmlaufzeit seit 1998 etwa 200 wissenschaftliche Institutionen mit in Summe etwas mehr als 80 Millionen Euro gefördert.

Etablierung einer Gründungskultur?

Die Umsetzung der jeweiligen EXIST-Programsstufen war auf der operativen Ebene sehr erfolgreich. Eine Wirkung der Programme auf die übergeordneten Leitziele – Beiträge zur Schaffung einer Gründungskultur an den Wissenschaftseinrichtungen und Erhöhung der Anzahl sowie der Erfolgswahrscheinlichkeit von Gründungen aus Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen –, ist dagegen nur sehr begrenzt nachzuweisen. Das kann allerdings kaum verwundern. Die Etablierung einer Gründungskultur an wissenschaftlichen Einrichtungen, die sich auch merklich auf die Gründungsneigung der an ihnen tätigen Personen auswirkt, kann – wenn überhaupt – nur über einen sehr langen Zeitraum und bei einer grundsätzlichen Änderung der wissenschaftlichen Organisationen sowie des Selbstverständnisses der Wissenschaftler stattfinden. Voraussetzung hierfür wäre, dass die bislang handlungsleitenden Kulturen (Forschungskulturen, Professions-

kulturen und Verwaltungskulturen) nachhaltig unternehmerische Prinzipien und Praktiken aufnehmen. Nur so würden Gründungsaktivitäten nicht mehr – wie es bisher in der Regel der Fall ist – das wichtigste Erfolgsmaß in der Wissenschaft, die Erlangung wissenschaftlicher Reputation in der jeweiligen Fachprofession, negativ beeinflussen. Insofern

Voraussetzungen, um eine nachhaltige Wirkung hin zu einer Gründungskultur auch tatsächlich zu erreichen, da in der Tradition des deutschen Hochschulsystems den Hochschulverwaltungen nicht die Aufgabe zukommt, strategische Ziele vorzugeben und umzusetzen. Sie sollen primär die Autonomie von Forschung und Lehre schützen. Allerdings hat sich in den vergangenen Jahren diesbezüglich ein Wandel vollzogen, der die Bedingungen für gründungsbezogene Initiativen deutlich verbessert. Hochschulverwaltungen können zunehmend eine



EXIST zielt auf die Unterstützung der „Gründungskultur“.

haben die EXIST-Aktivitäten bisher den konstitutiven Ursachenkern der Reserviertheit vieler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dem Gründungsthema gegenüber nur gestreift.

Gleichwohl hat EXIST zu einer starken Hinwendung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen zum Gründungsthema geführt. Ausgründungen sowie die Etablierung von Unterstützungsstrukturen und Qualifizierungsmaßnahmen sind Teil hochschulpolitischer Selbstdarstellungen geworden. Viele Wissenschaftseinrichtungen definieren die Förderung von Gründungen als Teil ihres eigenen Tätigkeitsprogramms. Allerdings fehlen häufig die strukturellen

aktive Profilbildung betreiben und eigenständig Ziele und Schwerpunkte von Forschung und Lehre mitdefinieren. Sie können Anreize setzen, um die Akteure in den Hochschulen zu entsprechenden Verhaltensänderungen anzuregen.

„Revolutionäres“ Konzept

Genau an dieser Stelle setzt das neu konzipierte Programm „EXIST-Gründungskultur – Die Gründerhochschule“ (EXIST IV) an: Konzentration auf eine begrenzte Anzahl von Hochschulen, die ausdrücklich eine „Gründungsexzellenz“ erreichen wollen. Hierzu zählt, dass dieses Profil nachhaltig und fest

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

verankert durch Organisationsstrukturen, Entwicklungskonzepte und entsprechende Anreizsysteme tatsächlich in die Strategie der Hochschulen Eingang findet. Wissenschaftler mit Gründungsaffinität sollen Reputation erwerben, die ihnen bei ihrer Karriere von Nutzen ist. Professoren, deren Mitarbeiter unternehmerisch tätig werden, sollen dies nicht als Verlust von Humankapital erleben, sondern es muss sich für sie anderweitig rentieren. Kurzum es geht substantiell um den Kern der Hochschulkultur.

Das Konzept ist durchaus vielversprechend. Die Mitfinanzierung einer ausreichend langen Konzeptphase, in der ausgehend vom definierten Status Quo konkrete Ziele in definierten Zeiträumen formuliert werden müssen, macht erstens eine vergleichende Bewertung verschiedener Anträge möglich und stellt zweitens sicher, dass die angestrebten Fortschritte auf dem Weg zur

Gründerhochschule auch überprüft werden können, ein wesentlicher Unterschied zu den bisherigen EXIST-Programmstufen.

Lippenbekenntnisse reichen nicht

Erfolgsvoraussetzung ist allerdings, dass das Programmkonzept auch in der intendierten weitgehenden Weise umgesetzt wird. Hochschulen mit Gründungsexzellenz müssten ihre Berufsstrategien entsprechend anpassen und verändern. Der Transfer wissenschaftlicher Erkenntnis sollte für diese Hochschulen ein gleichgewichtiges Ziel, neben Forschung und Lehre sein – nicht nur rhetorisch, sondern auch abgesichert durch entsprechende Schlüssel der Finanzausweisungen. Dieses wirklich sicherzustellen, ist eine anspruchsvolle Aufgabe und große Herausforderung für die über die Anträge entscheidenden Jurys. Ihnen kommt eine große

Verantwortung zu, dass die angestrebten weitgehenden Veränderungen an den geförderten Hochschulen auch tatsächlich Wirklichkeit werden. So wäre es kein Drama, wenn weniger als die angestrebten zehn Hochschulen schlussendlich gefördert würden. Die Antragsteller wiederum sollten sich darüber im Klaren sein, dass es hier nicht um ein paar attraktive Zusatzmittel in ihrem Hochschulbudget geht.

Gefördert werden soll hier nicht weniger als eine Kulturrevolution – die die Hochschule nachhaltig verändern würde. Anträge sollten nur die Hochschulen stellen, die hierzu auch tatsächlich bereit sind. Sind diese Bedingungen bei Antragstellen und Juroren erfüllt, dann kann den Wirkungen dieses Programms optimistisch entgegengesehen werden – nicht zuletzt auch wegen der mit 46 Millionen Euro in sieben Jahren nicht knappen Finanzierung.

Jürgen Egel, egeln@zew.de

ZEW INTERN

Neuer Präsident der Leibniz Gemeinschaft macht Antrittsbesuch am ZEW

Prof. Dr. Karl Ulrich Mayer, der am 1. Juli 2010 als neuer Präsident an die Spitze der Leibniz Gemeinschaft (WGL) tritt, stattete dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim,

einen Antrittsbesuch ab. Das ZEW ist das erste der 86 Leibniz-Institute, das Mayer besuchte. Der Präsident des ZEW, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, begrüßte Mayer sehr herzlich und er-

innerte an die gemeinsame Zeit als wissenschaftliche Assistenten an der Universität Mannheim in den 1970er Jahren. Es freute ihn sehr, dass sich durch den Besuch Mayers für die Geschäftsführung und die Leiter der Forschungseinheiten des ZEW frühzeitig die Gelegenheit biete, diesen über die Forschungsschwerpunkte und die Arbeitsweise des Wirtschaftsforschungsinstituts zu informieren. Mayer zeigte sich an der Forschungsarbeit des ZEW und deren Verknüpfung mit der Politikberatung sehr interessiert. Insbesondere vom Forschungsschwerpunkt Bildungsökonomik des ZEW zeigte er sich angezogen. Verwundern muss dies nicht, denn der neue Präsident der Leibniz Gemeinschaft war viele Jahre lang als Direktor am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung tätig.



Prof. Dr. Karl Ulrich Mayer, Präsident der WGL; Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Präsident des ZEW; Thomas Kohl, kaufmännischer Direktor des ZEW (von links).

Agenda 2010 – Bilanz und Perspektiven

Zum ZEW Wirtschaftsforum 2010 Anfang Juni konnte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz fast 400 Gäste in Mannheim begrüßen. Mit dem Thema „Agenda 2010 – Bilanz und Perspektiven“ stand die umfangreichste Reform des deutschen Sozialsystems seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Mittelpunkt zahlreicher Vorträge und Diskussionen. Neben renommierten Vertretern der Wissenschaft konnte das ZEW mit Bundeskanzler a.D., Gerhard Schröder, einen hochkarätigen Referenten aus der Politik gewinnen, der die Agenda 2010 initiiert und maßgeblich geprägt hat.

Den Auftakt des diesjährigen Wirtschaftsforums bildete eine Podiumsdiskussion, die die zentralen Reformbereiche Arbeitsmarkt, Soziale Sicherung und Öffentliche Finanzwirtschaft in den Blick nahm. Zunächst legte Dr. Andreas Wörgötter von der OECD dar, wie die Maßnahmen der Agenda 2010 aus internationaler Sicht bewertet werden. Was Reformen angehe, sei Deutschland ein Taktgeber in Europa, sagte Wörgötter. Die OECD müsse anerkennen, dass die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 in zentralen Bereichen gegriffen hätten: In Deutschland habe es in den vergangenen Jahren einen beschäftigungssensitiven, inflationsfreien und langen Aufschwung gegeben, der erst durch die Finanz- und Wirtschaftskrise abrupt unterbrochen worden sei. Indessen habe Deutschland nicht nur einen Aufschwung erlebt, sondern auch die strukturelle Arbeitslosigkeit sei gesunken. Selbst in der Finanz- und Wirtschaftskrise sei die Arbeitslosigkeit in Deutsch-

land nur vergleichsweise gering gestiegen. Deshalb spreche das Ausland vom „deutschen Jobwunder“. Allerdings sei dieses Jobwunder mit einem Anstieg der Lohnstückkosten erkauft worden. Die Ursache hierfür sei unter anderem die öffentliche Subventionierung von Arbeit, etwa durch die mehrfach verlängerte Bezugszeit des Kurzarbeitergeldes. Bei der weiteren Ausdehnung des Zeitarbeitssektors sehe die OECD die Gefahr, so Wörgötter, dass sich ein dualer Arbeitsmarkt in Deutschland dauerhaft etablieren könnte. Hier sei daher Vorsicht geboten.

Erfolge am Arbeitsmarkt

Dr. Holger Bonin, Leiter des Forschungsbereichs Arbeitsmärkte und Soziale Sicherung am ZEW, begann seinen Vortrag mit der Feststellung, dass die Agenda 2010 angesichts der fundamentalen Wachstumsschwäche gepaart mit wachsender struktureller

Arbeitslosigkeit im Jahr 2003 unausweichlich gewesen sei. Die vom technologischen Wandel besonders betroffenen Geringqualifizierten seien im Gewirr von Zuständigkeiten in der damaligen Bundesanstalt für Arbeit nur noch hin und her geschoben, aber nicht effizient in reguläre Beschäftigung vermittelt worden.

Entscheidende Weichenstellung

Mit der Schaffung einer steuerfinanzierten Grundsicherung aus einer Hand, verbunden mit dem Prinzip des „Forderns und Förderns“, habe die Agenda 2010 entscheidende Weichenstellungen vollzogen, um den Niedriglohnssektor in Deutschland voranzubringen. Dieser Politikwechsel sei für etliche Langzeitarbeitslose mit Zumutungen verbunden gewesen, gab Bonin zu. Dennoch dürfe man die Agenda 2010 nicht als Programm zur Kürzung von Sozialleistungen diskreditieren. Für nicht wenige Hilfeempfänger habe sich die finanzielle Situation verbessert. Die von der früheren Arbeitsmarktpolitik aufgegebenen Sozialhilfeempfänger hätten nun wieder Zugang zu Integrationsangeboten, deren Wirksamkeit – auch das sei neu – empirisch evaluiert werde. Die Erfolge seien am Arbeitsmarkt deutlich spürbar. Der letzte Wirtschaftsaufschwung sei erkennbar beschäftigungssensitiver gewesen und auch das deutsche Jobwunder in der aktuellen Wirtschaftskrise sei ohne Agenda 2010 nicht denkbar, sagte Bonin. Umso verständlicher sei es, dass das Rad der deutschen Arbeitsmarktpolitik zuletzt an wichtigen Stellen zurückgedreht worden sei. So habe man das Arbeitslosengeld für Ältere wieder verlängert – obwohl die Agenda 2010 die Beschäftigung bei dieser Gruppe sehr rasch belebt habe. Auch die Ausweitung der Mindestlöhne schaffe neue Hürden für schlechter qualifizierte Arbeitslose. Bonin rief darum abschließend dazu



Wolfgang Wiegard bei seinem Impulsreferat. Die Teilnehmer des Podiums von links: Holger Bonin, Axel Börsch-Supan, Wolfgang Franz, Andreas Wörgötter.

ZEW WIRTSCHAFTSFORUM

auf, in der Arbeitsmarktpolitik den Geist der Agenda 2010 wiederzubeleben. Es lohne sich, auf die Kräfte des Marktes und ökonomische Anreize zu vertrauen. Dies sollte auch bei den notwendigen Reformen im Bereich des Kündigungsschutzes und der geringfügigen Beschäftigung beherzigt werden, um die Agenda 2010 zu vollenden.

Herausforderung Haushaltskonsolidierung

Prof. Dr. Wolfgang Wiegard, Universität Regensburg und Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Ent-

worben. Durch die Unternehmenssteuerreform des Jahres 2008, die Erbschaftssteuerreform und das Wachstumsbeschleunigungsgesetz sei das Steuersystem weder einfacher, noch gerechter geworden. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung, das steuerliche Impulse zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise geben sollte, habe bislang keinerlei Wirkung auf das Wirtschaftswachstum. Auch in Zukunft sei nicht zu erwarten, dass etwa die Anhebung der steuerlichen Freibeträge für Kinder oder die Umsatzsteuersenkung für Hotelübernachtungen das Wirtschaftswachstum ankurbeln werde, sagte Wiegard.



Gerhard Schröder, Bundeskanzler a. D., zog eine positive Bilanz der Agenda 2010.

wicklung, präsentierte 20 Thesen zur Steuerpolitik. Im Mittelpunkt stand dabei seine Kritik an den jüngsten fiskalpolitischen Maßnahmen. Von der steuerpolitischen Euphorie der Jahre 2005 bis 2007 mit Konzepten einer grundlegenden Reform der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung sei nahezu nichts übrig geblieben, sagte Wiegard. Weder Paul Kirchhofs Vorschläge zur Reform der Einkommens- und Körperschaftssteuer, noch die Anregungen der Stiftung Marktwirtschaft für eine umfassende Ertragssteuerreform sowie die Vorschläge des Sachverständigenrates in Zusammenarbeit mit dem ZEW zur Reform der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung seien auch nur im Ansatz von der Politik umgesetzt

Der Steuerexperte forderte, dass die Finanzpolitik in dieser und auch in der nächsten Legislaturperiode auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hinwirken müsse. Durch die im Grundgesetz verankerte Schuldenregel, die vorsieht, dass die strukturelle Verschuldung des Bundes ab dem Jahr 2016 nur noch 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen darf, müsse allein der Bund bis zum Jahr 2016 rund 40 Milliarden Euro sparen. Die Bundesländer dürften sich ab 2020 strukturell gar nicht mehr verschulden.

Ausnahmetatbestände prüfen

Zu begrüßen sei, dass die Bundesregierung sich von den Steuersenkungsplä-

nen der FDP verabschiedet habe und sich der Konsolidierungsaufgabe stelle. Allerdings sei das neue Sparpaket, gerade was die steuerlichen Maßnahmen angehe, noch reichlich unpräzise. Da zur Haushaltskonsolidierung kein Weg an Steuererhöhungen vorbei führe, sei es sinnvoll, zunächst einmal die zahlreichen Ausnahmetatbestände des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf den Prüfstand zu stellen.

Die Demografie im Blick

Prof. Axel Börsch-Supan Ph.D., Direktor des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA), plädierte in seinem Referat für einen unverstellten Blick auf die Realitäten in Deutschland. Diese sähen so aus, dass einer immer größer werdenden Anzahl von Beziehern von Rentenleistungen immer weniger Erwerbstätige gegenüberstünden. Die Politik komme auch nicht an der Realität vorbei, dass es in den vergangenen Jahren einen Trend zur Frühverrentung gegeben habe. Das Arbeitsangebot in Deutschland sei deshalb viel zu niedrig. Eine wachstumsorientierte Politik müsse künftig viel stärker die Sozialpolitik einbeziehen. Erhebliche Probleme bereite auch das deutsche Gesundheitssystem. Im internationalen Vergleich liege Deutschland, was die gesunde Lebenserwartung angehe, nur im Mittelfeld. Dies stehe im Gegensatz zu der Tatsache, dass sich Deutschland im internationalen Vergleich eines der teuersten Gesundheitssysteme leiste. Im Idealfall sollten sich reichere Menschen an der Finanzierung der Krankenversicherung für Ärmere beteiligen. In Deutschland finde diese Umverteilung jedoch überhaupt nicht statt, da „Reiche“ in der Regel in die Private Krankenversicherung wechselten. Umverteilung betreffe in Deutschland daher primär die Mittelschicht. Hier seien Reformen dringend geboten. Die demografische Entwicklung mache insbesondere auch eine neue Rentenreform unausweichlich. Die Bevölkerungspyramide ähne mittlerweile keiner Pyramide mehr, son-

ZEW WIRTSCHAFTSFORUM

dem eher einer Urne, sagte Börsch-Supan. Er kritisierte, dass keine rentenpolitische Maßnahme der letzten Jahre tatsächlich umgesetzt worden sei. Stattdessen seien immer neue Ausnahmen gemacht worden. Was ökonomisch als richtig erkannt werde, werde von den Verantwortlichen häufig als politisches Desaster gefürchtet. So blieben wichtige Reformen aus.

Wissenschaft für die Praxis

Im zweiten Teil des Wirtschaftsforums stellten Wissenschaftler des ZEW Ergebnisse aus aktuellen Forschungsprojekten vor. Dr. Jenny Meyer aus der Forschungsgruppe Informations- und Kommunikationstechnologien beschäftigte sich mit der Frage, inwiefern Web 2.0 Anwendungen den Unternehmenserfolg beeinflussen. Astrid Dannenberg aus dem Forschungsbereich Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement präsentierte Ergebnisse eines Laborexperiments zur Zahlungsbereitschaft der Konsumenten für gentechnisch veränderte Lebensmittel. Dr. Stephan Dlugosz aus dem Forschungsbereich Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung referierte über Möglichkeiten und Grenzen der Statistik, Betrug bei Abrechnungen, in der Buchführung oder anderen Buchungsvorgängen zu erkennen.

Plädoyer für eine Agenda 2020

Den Abschluss des ZEW Wirtschaftsforums bildete der Festvortrag des früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder zum Thema „Nach der Agenda 2010: Sind Reformen in Deutschland noch möglich?“. Gerade in Krisenzeiten seien Reformen notwendig und auch durchsetzbar, stellte Schröder zu Beginn seines Vortrags fest. Die Einsicht, dass es so nicht weitergehen könne, sei in schlechten Zeiten bei Bürgern und Politikern größer als in guten.

Aufgrund der Globalisierung und des demografischen Drucks auf die Sozialsysteme sei er Anfang des neuen Jahrtausends zu der Überzeugung gelangt,

entweder müsse sich Deutschland freiwillig und von innen heraus modernisieren oder das Land werde unter dem Druck von außen modernisiert werden. Dies sei für ihn Motivation zur Agenda 2010 gewesen, sagte Schröder. Die Agenda habe nicht nur das Ziel gehabt, mittelfristig dem Staatshaushalt Geld zu sparen. Vielmehr sollten auch die Sozialsysteme modernisiert und zukunftsfähig gemacht werden. Die freiwerdenden Mittel sollten in Bildung und Forschung gelenkt werden, denn die Köpfe seiner Bürger seien Deutschlands wesentlichstes Kapital.

Er ziehe eine positive Bilanz der Agenda 2010, sagte Schröder. Vor der Agenda habe Deutschland als kranker Mann Europas gegolten. Heute werde Deutschland für die Errungenschaften der Reform bewundert. Es sei gelungen, die strukturelle Arbeitslosigkeit zurückzuführen, die Unternehmen stünden auf einem gesunden Eigenkapitalpolster und die Tarifparteien hätten sich in Lohnzurückhaltung geübt. Allerdings, räumte Schröder ein, habe es auch Fehlentwicklungen der Agenda 2010

dierte Schröder für eine Agenda 2020 für Deutschland und Europa. Der EU-Rettungsschirm von 750 Milliarden Euro sei eine richtige Entscheidung gewesen, denn die Alternative – der Staatsbankrott eines Eurolandes – hätte unabsehbare Folgen nach sich gezogen. Nun müsse jedoch der Stabilitäts- und Wachstumspakt weiterentwickelt werden. Jedes Land müsse seine öffentlichen Haushalte konsolidieren und Nachhaltigkeitslücken in den Sozialsystemen schließen. Darüber hinaus sei eine engere wirtschaftliche Koordinierung in der EU notwendig. Dringend geboten sei auch der Aufbau einer unabhängigen europäischen Ratingagentur, da die Finanzkrise gezeigt habe, dass die Marktteilnehmer den amerikanischen Ratingagenturen nicht mehr vertrauen könnten.

Die Europäische Integration sei eine Erfolgsgeschichte und müsse weitergehen, forderte Schröder. Mit Kroatien, Mazedonien und auch der Türkei stünden weitere Beitrittskandidaten vor der Tür. Auf diese Erweiterung müsse sich die EU allerdings gut vorbereiten. Be-



Wolfgang Franz in der Diskussion mit Gerhard Schröder

gegeben. So sei der Niedriglohnsektor seit den 1990er Jahren stetig gewachsen. Hierzu hätten auch die Hartz-Reformen beigetragen. Sie sollten jedoch nicht zurückgedreht, sondern ergänzt werden, etwa durch die Einführung eines moderaten Mindestlohns.

Angesichts der aktuellen Schuldenkrise einiger europäischer Länder plä-

sonders institutionelle Reformen seien geboten. So müsse beispielsweise die EU-Kommission kleiner und das EU-Parlament mächtiger werden. Dies sei sicherlich ein langer und schwieriger Weg für die EU. Eine Alternative dazu sehe er allerdings nicht, schloss Schröder seinen Vortrag.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Michael Schröder, Peter Westerheide

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung von Familienunternehmen

In einer umfassenden Studie zum Sektor der Familienunternehmen im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie hat das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim rund 3,086 Millionen eigentümergeführte Unternehmen ermittelt. Die Studie zeigt, dass sich viele Familienunternehmen gesellschaftlich engagieren. Die Schwerpunkte liegen in den Bereichen Bildung, Soziales und Ökologie. Während das Engagement für Bildung besonders bei den größeren Unternehmen stark ausgeprägt ist, sind kleinere Unternehmen stärker im sozialen Bereich tätig.

ZEW Wirtschaftsanalysen, Band 97, Nomos-Verlag 2010, ISBN 978-3-8329-5677-6

Michael Schröder

Die Eignung nachhaltiger Kapitalanlagen für die Vermögensanlage von Stiftungen

Die ökonomische Analyse der Vermögensverwaltung deutscher Stiftungen ist ein wenig erforschtes Gebiet. Die folgende Studie möchte diese Lücke schließen. Im Zentrum steht die theoretische und empirische Untersuchung von verschiedenen Strategien der Vermögensanlage und ihre Bewertung aus der Perspektive gemeinnütziger Stiftungen. Die Bewertung der Anlagestrategien bezieht sowohl die Entwicklung des Vermögens als auch die Ausschüttungshöhe mit ein. Von besonderer Bedeutung sind dabei nachhaltige Kapitalanlagen, die spezielle ethische, soziale und ökologische Auswahlkriterien anwenden.

ZEW Wirtschaftsanalysen, Band 98, Nomos-Verlag 2010, ISBN 978-3-8329-5662-2

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 10-043, Anja Heinze: Beyond the Mean Gender Wage Gap: Decomposition of Differences in Wage Distributions Using Quantile Regression.

Nr. 10-042, Katja Coneus; Katrin Schleife: Online But Still Divided – Inequality in Private Internet Use in Germany.

Nr. 10-041: Dorothea Blomeyer; Manfred Laucht, Friedhelm Pfeiffer, Karsten Reuß: Mutter-Kind-Interaktion im Säuglingsalter, Familienumgebung und Entwicklung früher kognitiver und nicht-kognitiver Fähigkeiten: Eine prospektive Studie.

Nr. 10-040, Andrea Mühlenweg: Teaching, Organization, and Personal Problems – Evidence from Reforming Tertiary Education in Germany.

Nr. 10-039, Martin Wörter, Christian Rammer, Spyros Arvanitis: Innovation, Competition and Incentives for R&D.

Nr. 10-038, Christian Conrad, Daniel Rittler, Waldemar Rotfuß: Modeling and Explaining the Dynamics of European Union Allowance Prices at High-Frequency.

Nr. 10-037, Astrid Dannenberg, Andreas Lange, Bodo Sturm: On the Formation of Coalitions to Provide Public Goods – Experimental Evidence from the Lab.

Nr. 10-036, Katharina Finke, Jost Henrich Heckemeyer, Timo Reister, Christoph Spengel: Impact of Tax Rate Cut Cum Base Broadening Reforms on Heterogeneous Firms.

Nr. 10-035, Stefan Boeters: Optimal Tax Progressivity in Unionised Labour Markets: Simulation Results for Germany.

Nr. 10-034, Tim-Alexander Kröncke, Felix Schindler: Downside Risk Optimization in Securitized Real Estate Markets.

Nr. 10-033, Felix Schindler: Market Efficiency in the Emerging Securitized Real Estate Markets.

Nr. 10-032, Kathrin Müller, Bettina Peters: Churning of R&D Personnel and Innovation.

Nr. 10-031, Christoph Grimpe: Scientific Excellence and Extramural Research Grants: Beggars Can't Be Choosers?

Nr. 10-030, Felix Schindler: How Efficient is the U.K. Housing Market?

Nr. 10-029, Sarah Borgloh, Peter Westerheide: Social Return on Investment of Mutual Support Based Housing Projects: Potential for Socio-Economic Cost Savings and Higher Living Quality.

ZEW INTERN

ZEW geht auf große Fahrt an Bord der „MS Wissenschaft“



Andreas Löschel erklärt Berliner Schülern die Computersimulation zum Klimaschutzdilemma.

Vom 18. Mai bis zum 7. Oktober 2010 ist das Ausstellungsschiff „MS Wissenschaft“ wieder in Deutschland und erstmals auch in Österreich unterwegs. Auch in diesem Jahr ist das ZEW mit an Bord. Diesmal mit einem Computerspiel zum „Klimaschutzdilemma“.

Das Forschungsschiff lichtete seinen Anker am 18. Mai in Berlin. Bei diesem Ereignis mit dabei waren von Seiten des ZEW der kaufmännische Direktor

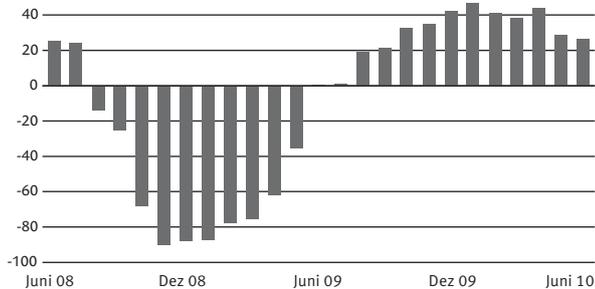
des Forschungsinstituts, Thomas Kohl, und der Leiter des ZEW Forschungsbereichs Umwelt- und Ressourcenökonomik, PD Dr. Andreas Löschel.

Im Wissenschaftsjahr 2010, „Die Zukunft der Energie“, informiert die Ausstellung auf der MS Wissenschaft, einem umgebauten Binnenfrachtschiff, unter anderem über die Energieversorgung von morgen, die energetischen Ressourcen und den sparsamen Umgang mit Energie. Der Forschungsbereich Umwelt- und Ressourcenökonomik des ZEW nutzt das Wissenschaftsschiff, um die Besucher der Ausstellung an Bord mittels eines Computerspiels über das Klimaschutzdilemma zu informieren. Dieses besteht darin, dass alle Länder wissen, dass Klimaschutz wichtig ist, aber kein Land viel Geld dafür ausgeben möchte. Jedes Land hofft, dass andere Länder in den Klimaschutz investieren.

Informationen zur MS Wissenschaft: www.wissenschaft-im-dialog.de

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Juni 2010

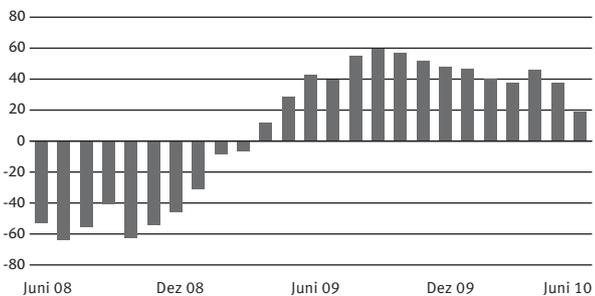


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Zinswende nicht in Sicht

Für die nächsten sechs Monate hält die Mehrheit der befragten Finanzmarktexperten eine Zinswende für unwahrscheinlich: Lediglich 28,5 Prozent rechnen damit, dass die kurzfristigen Zinsen rasch wieder steigen; 69,3 Prozent gehen hingegen von konstanten Zinsen aus. Vor dem Hintergrund der noch recht niedrigen Inflationsraten erscheint eine geldpolitische Reaktion der Zentralbanken kurzfristig nicht nötig. Auch für die nächsten sechs Monate geht das Gros der Experten von gleichbleibenden Inflationsraten in der Eurozone aus.

Christian D. Dick, dick@zew.de



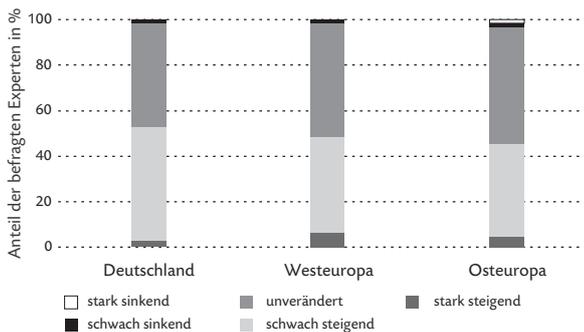
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Euroraum. Quelle: ZEW

Euroraum: Getrübe Stimmung

Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone sind im Juni um 18,1 Punkte gegenüber dem Vormonat gesunken und liegen nun bei 18,8 Punkten. Dass sich die Erwartungen im Vergleich zum Vormonat so deutlich eingetrübt haben, dürfte mit der Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Schuldenkrise und der Aussicht auf notwendige Sparpakete in verschiedenen Mitgliedsstaaten des Euroraumes zusammenhängen. Die Konjunkturerwartungen für Deutschland liegen mit 28,7 Punkten im Juni deutlich über dem Wert für die Eurozone.

Christian D. Dick, dick@zew.de

Stabile Nachfrage bei Kurier-, Express- und Paketdiensten

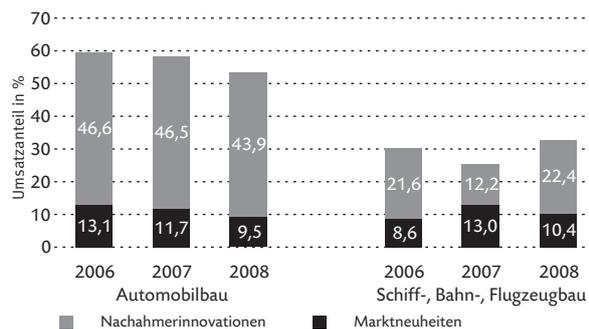


Quelle: ZEW

Die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW sind für die Aufkommensentwicklung bei den Kurier-, Express- und Paketdienstleistungen (KEP) im nächsten halben Jahr zuversichtlich. Jeweils rund die Hälfte der Befragten erwarten für das kommende Halbjahr stabile oder steigende Aufkommensmengen; im Binnenverkehr liegen die Erwartungen etwas höher, im Osteuropaverkehr etwas niedriger. Die KEP-Dienstleister dürften nicht nur von der anziehenden Konjunktur und der ohnehin etwas stärkeren Binnennachfrage profitieren, sondern auch vom zunehmenden Internethandel und Lagerabbau.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Automobilbau: hoher Umsatzanteil mit Nachahmerinnovationen



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die deutsche Automobilindustrie erzielte im Jahr 2008 53,4 Prozent ihres Umsatzes mit neuen Produkten, das heißt mit Produkten, die nicht älter als drei Jahre sind. Damit fiel der Neuproduktumsatz im zweiten Jahr in Folge. Gleichwohl ist dies der mit Abstand höchste Wert aller Industriebranchen in Deutschland. Zum Vergleich: der sonstige Fahrzeugbau (Schiff-, Bahn-, Flugzeugbau) erreichte mit Produktinnovationen einen Umsatzanteil von 32,8 Prozent. Besonders hoch ist im Automobilbau der Umsatzanteil von „Nachahmerinnovationen“, also Produkten, die andere Unternehmen zuvor neu im Markt eingeführt haben.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Schieflagen

Das Sparpaket vom 7. Juni 2010 sei eine „soziale Zumutung“ und die „Sparorgien zu Lasten der Armen“ seien kaum noch zu überbieten. Nun konnten die Entrüstungskampagnen und Protestmärsche wie vorbereitet anlaufen, um das „Gerechtigkeitsempfinden“ der Bevölkerung zu beeinflussen, bisher recht erfolgreich. Vor diesem Hintergrund stellen sich zwei Fragen: Worin besteht denn die behauptete soziale Schieflage im Sparpaket? Wie sind die alternativen Sparvorschläge seitens der erwähnten Kritiker zu bewerten?

Im Mittelpunkt der Empörung stehen die Einsparungen bei den finanziellen Leistungen für Erwerbslose. So sollen unter anderem beim Arbeitslosengeld II der zeitlich befristete Zuschlag bei einem vorherigen Bezug des Arbeitslosengeldes (§ 24 SGB II), die zusätzliche Gewährung von Elterngeld und die Beiträge zur Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) entfallen. Mit einer sozialen Gefriertruhe hat das wenig zu tun. Vielmehr dienen diese Kürzungen einer stärkeren Betonung des Lohnabstandsgebots zwischen Markteinkommen und Fürsorgeleistung, um die Anreize zur Arbeitsaufnahme auf dem ersten Arbeitsmarkt zu stärken. Die bisherigen Beiträge zur GRV erhöhten den Rentenanspruch der Betroffenen ohnehin nur minimal und außerdem springt bei denjenigen Personen, die in ihrem Erwerbsleben kaum Beiträge entrichtet haben, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbslosigkeit ein. Die Belastungen fallen jedoch bei der GRV an, mit der Folge, dass zumindest die zugesicherten Beitragssenkungen bei der GRV zeitlich hinausgeschoben werden dürften. Davon sind dann Arbeitnehmer und Unternehmen betroffen, neben den im Sparpaket vorgesehenen Steuererhöhungen (Luftverkehrsabgabe, Brennelementesteuer, Streichung von Vergünstigungen bei der Energiesteuer sowie Beteiligung des Bankensektors an den Kosten der Finanzkrise). Diese Steuererhöhungen machen für das Jahr 2011 fast 40 v. H. des Sparvolumens aus.

Aber solche Steuererhöhungen haben die Gegner des Sparpakets nicht im Sinn, sondern eine kräftige Anhebung des Spitzensatzes der Einkommenssteuer sowie des – derzeit auf

Null gesetzten – Satzes der Vermögenssteuer. Denn die „Reichen“ sollten nun endlich auch mal einen Teil der Lasten schultern. Eine Inaugenscheinnahme der Fakten wird bei dieser Argumentation als lästig abgelehnt. Eine „Reichensteuer“ gibt es längst und etwa 10 v. H. der Einkommensbezieher tragen rund 53 v. H. des Einkommenssteueraufkommens, wohingegen ein Viertel aller Einkommenssteuerpflichtigen auf Grund ihrer niedrigen Einkünfte praktisch keine Einkommenssteuer zu entrichten brauchen. Soll eine höhere Einkommensbesteuerung im Hinblick auf die Konsolidierungsaufgabe nennenswerte Einnahmen beschere, müsste sie bereits bei der ersten Progressionsstufe ansetzen, also den von fast allen politischen Parteien gehätschelten Facharbeiter einbeziehen. Der Leistungsbereitschaft aller Betroffenen dient dies nicht.

Die Anhebung des Steuersatzes auf Vermögen genießt besondere Popularität. Die Vorschläge reichen allen Ernstes bis zu einem Satz von fünf v. H. jährlich, so dass nach knapp 14 Jahren die Vermögen auf die Hälfte geschmolzen sind, von der Geldentwertung ganz abgesehen. Der Verwaltungsaufwand bei der Vermögenssteuer ist enorm, nicht zuletzt, weil beispielsweise für Immobilien keine Marktwerte vorhanden sind. Schließlich stehen die Einnahmen aus der Vermögenssteuer den Ländern zu, dem Bund ist damit bei seiner Konsolidierungsaufgabe nicht geholfen.

Dies bedeutet nicht, optimistisch oder gar blauäugig genug zu sein, um Steuererhöhungen völlig auszuschließen. Sie sollten sich indes auf die Ausnahmetatbestände vom 19 v. H.-Regelsatz der Umsatzsteuer beziehen und diese weitestgehend abschaffen. Des weiteren sollten die Besteuerung der Zuschläge etwa für Feiertags- und Nachtarbeit sowie die Entfernungspauschale zur Disposition gestellt werden. Aber diesen Weg hat sich Schwarz-Gelb durch zögerliches Handeln verbaut, weil die Bundesratsmehrheit nunmehr dahin ist.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2010